

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Berlag und Anzeigenabteilung
Geschäftstag 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Optimismus in Paris.

Paris, 20. September. (WZB.) Zu der gestrigen Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré verbreitet Havas eine Mitteilung, in der es heißt: Die Zusammenkunft sei trotz der Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung. Das darüber ausgegebene Communiqué sei in dieser Hinsicht besonders bezeichnend, obwohl es diskret gehalten sei. Der Besuch, den der englische Premierminister vor seiner Rückkehr nach London dem Präsidenten der Republik und seinem französischen Kollegen abstattete, habe den

Wiederbeginn vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen antizipieren sollen. Havas will darin das Zeichen einer teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Methoden gegenüber Deutschland erkennen. Für die Alliierten Frankreichs, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Reorganisation mitbezogen. Es sei übrigens im Augenblick möglich, die Legalität der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erörtern, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt Havas, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin aufgezwungen werde. Das Kabinett Stresemann selbst gebe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keinen Täuschungen mehr hin.

Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, die Verhandlungen mit dem Reiche wieder anzuschließen, vorausgesetzt, daß die Verordnungen über den passiven Widerstand zurückgenommen würden.

Poincaré halte sich immer noch an diese unerlässliche Bedingung. Es sei nicht überraschend, so führt die halbamtliche französische Agentur weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Begründung und der Stärke der Ueberzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen hat. In keiner Frage bestehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen und man hoffe, daß das in Berlin verstanden werde.

Paris, 20. September. (CP.) Die offiziellen Zeitungen, die über die Unterredung zwischen Baldwin, Poincaré und Millerand offensichtlich ausgiebige Informationen besitzen, schlagen einen optimistischen Ton an. Der "Matin" spricht von einer französisch-englischen Annäherung und einer Atmosphäre der Herzlichkeit, die in Paris und Rambouillet geherrscht habe. Wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen, so treffen sie nur auf die Methode zu. Frankreich hat die Ruhr besetzt. England hat keine andere Methode vorgeschlagen. Da außerdem die französische Methode im Begriff ist, Erfolg zu haben, so bedeutet das gestrige Communiqué, daß unser Nachbar über dem Kernellon zur wohlwollenden Neutralität Bonar Law zurückkehre und uns in der letzten Phase des Kampfes nicht behindern werde, daß er ferner von neuem an unserer Seite stehe, wenn man sich dem Ziel nähere, d. h. Reparationen erhält. Der französische Ministerpräsident sei bereit, jederzeit in London oder Paris mit den Alliierten zusammenzutreffen, er weigere sich aber, mit Deutschland getrennt über Reparationen zu verhandeln, solange der passive Widerstand nicht aufgehört hat.

Der "Zeit Parisien" legt größeres Gewicht auf die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Frankreich und England über die Methoden bestehen. Das Blatt erklärt, daß Poincaré und Baldwin sich gegenwärtig diese Meinungsverschiedenheiten nicht verhehlt hätten. Baldwin verhehle nicht, daß er nicht daran glaube, daß durch die Besetzung der Ruhr von Deutschland Reparationen zu erlangen seien. Er wünsche, daß diese Besetzung so bald als möglich den militärischen Charakter verliere. Im Grunde genommen möchte er, daß diese Besetzung, ob nun zivil oder militärisch, in kürzester Zeit aufhöre, da er ihre Rückwirkung auf das innere Gleichgewicht Deutschlands befürchte. Poincaré sei nicht der Mann, der von seinen früheren Erklärungen abgehe. Er habe Baldwin deutlich zu verstehen gegeben und erklärt, daß Frankreich mit Deutschland nicht unterhandeln werde, solange der passive Widerstand andauere. Wenn der militärische Charakter der Besetzung notwendigfalls später vermindert werden könne, so werde die Besetzung aufrechterhalten werden, bis die Reparationen voll und ganz bezahlt seien. Die gestrige Unterredung habe diese entgegengesetzten Auffassungen nicht ausgleichen können.

Bertinog schreibt im "Echo de Paris" über die Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten, daß die Lage durch die Einstellung des passiven Widerstandes geklärt würde. Baldwin habe anerkannt, daß

der passive Widerstand praktisch aufgehört

habe. Er habe, darauf gestützt, der französischen Regierung geraten, von Deutschland nicht eine formelle Zurückziehung der Widerstandsordonnanzen zu fordern und die Eröffnung sofortiger Unterhandlungen vorgeschlagen. Dadurch, daß Baldwin eine zivile statt militärischer Besetzung vorschlug, scheine er sich ins Unvermeidliche gefügt zu haben.

"Poincaré verständlich"

London, 20. September. (WZB.) Der Pariser Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, die Franzosen seien der Ansicht, daß jetzt ein entschlossener Geist geschaffen worden sei, um England und Frankreich zusammenzubringen. Britische Regierungsvertreter verhehlt nicht ihre Befriedigung über das Ergebnis der Besprechung. Die Ruhrangelegenheit sei natürlich unter den ersten Fragen gewesen, die erörtert wurden, insbesondere die Lage, die nach Einstellung des passiven Widerstandes entstehen würde. Der Berichterstatter läßt durchblicken, daß die Haltung Poincarés in diesem

Punkte äußerst verständlich gewesen sei, und vertritt die Ansicht, daß dies eine bedeutsame Rückwirkung auf Deutschland ausüben werde. Man stimme darin überein, daß weitere Erörterungen in naher Zukunft notwendig sein würden angesichts der Lage Deutschlands und der Beschlüsse, die gefaßt werden müßten, um Deutschland in den Stand zu setzen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Dies sei eine Finanzfrage. Dem Berichterstatter wurde gesagt, daß Poincaré auch in dieser Beziehung einen verständlichen Geist an den Tag gelegt habe. Es sei betont worden, daß keinerlei Wunsch auf Seiten Frankreichs bestehe, Deutschland wirtschaftlich zu erdrücken oder zu entmutigen. Dies sei wahrscheinlich der interessanteste Teil der gestrigen Unterredung gewesen. Man sei in der Lage, dem französischen Standpunkt zu entnehmen, daß eine Reigung bestehe, Deutschland zu helfen, und daß Deutschland gehalten werden könne, wenn die Punkte, die zur Besetzung des Ruhrgebietes führten, geregelt worden seien. Wenn Deutschland befriedigende Vorschläge zur Bezahlung seiner Schulden mache, werde die Frage eines Moratoriums unverzüglich erörtert werden.

Belgischer Ministerrat.

Paris, 20. September. (TU.) In der gestrigen Ministeratsung erstattete Jaspars Bericht über die von Stresemann bei den Vorkämpfern Frankreichs und Belgiens in Berlin unternommenen Schritte. Der Kanzler habe zugegeben, daß das Reich außerstande sei, den passiven Widerstand fortzusetzen, doch könne er sich für den Geist der Bevölkerung nicht verbürgen. Gleichfalls habe er den belgischen und französischen Gesandten gebeten, ihm die Stellungnahme der Brüsseler und Pariser Regierung im Hinblick auf die rheinische Abfallbewegung mitzuteilen. Die beiden Gesandten haben Stresemann wissen lassen, daß sie auf diese einzig und allein die Rheinländer angehende Frage nichts zu erwidern haben.

Wie die Erpreß-Korrespondenz ergänzend mitteilt, betonte Jaspars in seinem Bericht, es mehrten sich die Anzeichen, daß der passive Widerstand an der Ruhr seinem Ende entgegengehe. Was die Verhandlungen anbetrifft, fuhr er fort, die Stresemann von Berlin aus anzunehmen beabsichtigt, so überwiegt die Ansicht, daß die Angebote des Kanzlers bisher unwirksam scheitern mit dem in dem Selbstbuch und Grundbuch auseinandergehenden Richtlinien der französischen und belgischen Politik. Die deutsche Regierung hat versucht, die Räumung des Ruhrgebietes in den Vordergrund zu stellen. Dieses kann aber nur nach und nach vor sich gehen und nur nach Maßgabe der Ausführung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands. Die von Paris und Brüssel gestellten Bedingungen sind klar. Das Wort hat jetzt Berlin.

Die Äußerungen der Pariser Morgenpresse lösten ein wenig den Schiefer, der über den gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré und Baldwin liegt. Besonders ausschlaggebend ist der Kommentar der offiziellen Havas-Agentur, der das ziemlich allgemein gehaltene gestrige Communiqué nach verschiedenen Richtungen hin ergänzt.

Es ist unverkennbar, daß sich der englische Ministerpräsident trotz verschiedener Vorbehalte dem französischen Standpunkt sehr stark genähert hat. Würden die maßgebenden politischen Kreise Frankreichs daraus den Schluß ziehen, daß sie nun um so schärfer gegen Deutschland vorgehen könnten, so würde die europäische Krise nur noch mehr verschärft und das Chaos in Mitteleuropa in sichere Aussicht gestellt werden.

Den Alliierten muß es bekannt sein, daß auch Deutschland nichts anderes anstrebt, als eine Basis für endgültige Reparationsverhandlungen zu schaffen, die Poincaré jetzt in Aussicht gestellt hat. Deutschland ist bereit, alles zu tun, um die wirtschaftliche Tätigkeit des Ruhrgebietes wiederherzustellen. Ein Erfolg ist aber nur dann sicher, wenn auch von Seiten der Alliierten alles getan wird, um die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu ermöglichen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Verurteilten amnestiert, die Ausgewiesenen zurückgeführt, die Verwaltung in die Hände der deutschen Beamten gelegt und der freie Verkehr zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet gesichert ist. Wird ein solcher Zustand mit möglichster Beschleunigung hergestellt, so kann die Reparationsfrage selbst durch effektive Zahlungen in einer Weise gelöst werden, welche die Räumung des Ruhrgebietes in sich schließt und den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wieder herstellt.

Dollar wie gestern.

Der Devisenverkehr am heutigen Börsenabtag stand noch immer unter dem Zeichen der Geldknappheit. Verschiedene Gerüchte politischer Natur, die an der Börse im Umlauf waren, bewirkten ein ziemlich starkes Schwanken der Kurse. Der Dollar setzte morgens mit 220 Millionen ein und gab dann im weiteren Verlauf etwas nach. Gegen 1 Uhr wurde er mit 194 bis 195 Millionen gehandelt, das Pfund hörte man mit 875 bis 880 Millionen, was also im Gegensatz zum Dollar rückgängig. Es trat überhaupt heute die seltsame Erscheinung ein, daß sich der Handel nicht, wie sonst üblich, in englischen Pfunden abwickelte, sondern diese traten vollständig in den Hintergrund.

Bei der amüsanten Kotierung der Devisen wurden die gestrigen Kurse heute wieder festgestellt, jedoch bei voller Zuteilung.

Auch am Effektenmarkt macht sich die Verteilung des Geldmarktes noch immer bemerkbar.

Deutschnationale Opposition.

Volksparteiliche Abwehr.

Eifrig wird die Kriegstrommel im deutschnationalen und deutschpolitischen Lager gerührt. In allen Tonarten wird die Regierung Stresemann des Verrats am Vaterlande bezichtigt. Es sind taktische Erwägungen, wenn bald Stresemann als ein Lump aus eigenem Antrieb, bald als Lump unter dem Druck der "Roten" bezeichnet wird. Die einen drohen mit dem Abfall Bayerns, die andern offen mit dem Bürgerkrieg. Die Hauptwut richtet sich scheinbar gegen die Volkspartei. Kein Wunder, daß die Abwehr nicht ausbleibt und beim Zusammentritt des Reichstags dürfte die Diskussion sich nicht zum wenigsten zwischen Volkspartei und der Rechten abspielen. Daß eine andere Politik als die Stresemanns nicht möglich ist, weiß zwar jeder Mensch in Deutschland, die deutschnationalen Führer sogar, aber Politik ist nun mal offenbar dazu da, um von Demagogen betrieben zu werden. Der "Tag", der schon aus geschäftlichen Gründen eine Art Mittelstellung einnimmt, spielt abwechselnd den Sekundanten für die Nationalen und die Volkspartei. Heute antwortet die Volkspartei auf den letzten Angriff der deutschnationalen Parteileitung. Sie weist die Unterfertigung zurück als ob die Heranziehung des Rechtes zur Wehrpflicht nur eine Kapitulation vor der Sozialdemokratie sei:

"Unter Führung des Herrn Abg. Heffnerich hat die deutschnationale Fraktion die Steuergeetze mitgeschaffen, hat sich sogar heftig gegen die Behauptung verwahrt, daß die Steuern unter sozialistischen Einflüssen entstanden sind und hat damit laut die geistige Urheberschaft für sich selbst in Anspruch genommen. Das war vor einigen Wochen. Damals waren also die Deutschnationalen "bereit, Sachwerte in den großen Defizitlopp des Reiches zu werfen". Jetzt aber stellt man sich so, als wäre die Erfassung des Besizes allein das Programm des Herrn Zeigner, dem Dr. Stresemann willenlos zu folgen hat."

Daß die Motive der deutschnationalen Zustimmung zu den von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Steuergeetzen andere waren als die der Regierungsparteien, ändert nichts an der Tatsache der Zustimmung, die offiziell wenigstens damit begründet wurde, daß das Reich sie zu seiner Sanierung gebrauche. Aber es geht den Deutschnationalen mit der Sanierung genau so wie mit der Erfüllungspolitik. Sie sind Begner, wenn sie auf die Dinge nicht in allen Punkten den Einfluß haben, den sie wünschen. Mit Recht erinnert die volksparteiliche Zuschrift daran, daß die Deutschnationalen sich Frankreich selber gewissermaßen als geeignete Erfüllungsmänner angeboten haben und daß sie der Entente klarzumachen suchten, daß eine stramm deutschnationale Regierung größere Garantien für die Leistung von Reparationen biete als eine mit sozialistischen Doktrinen behaftete Koalitionsregierung. Auf dem Görlicher Parteitag erklärte Hergt:

"Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete kann von Frankreich allein nicht durchgeführt werden. Der Tag, wo wir uns unbeschadet unserer Einstellung zu England und unserer Hoffnung auf Amerika endgültigen Eintritt in europäische Sanierungsverhandlungen mit verständigungsbereiten Wirtschaftskräften Frankreichs über einen gemeinsamen großzügigen Plan einigen können, ist gekommen. Freilich: ein Pfand dafür, daß seine Interessen gebührend gewahrt werden, kann Frankreich verlangen. Dieses Pfand liegt einmal in der neuzubegründenden Leistungsfähigkeit einer freien deutschen Wirtschaft und zweitens in dem freien, aber ernsten und unabänderlichen Willensentschluß Deutschlands zur Hehrarbeit und endlich drittens in den Garantien, die innerpolitisch für die ungehinderte Durchführung dieses Entschlusses gegeben werden."

Ganz mit Recht stellt die Zeitschrift fest:

Die deutsche Presse hat damals die Ausführungen des Herrn Hergt so verstanden, wie sie wohl auch gemeint waren; sie hat nämlich in dem deutschnationalen Programm über die Erfüllungspolitik und über ein Zusammengehen mit Frankreich den Wunsch der deutschnationalen Partei gesehen, das Plazet der Entente für den Fall zu erlangen, daß die Deutschnationalen irgendwie an die Regierung kommen sollten. Die Deutschnationalen sind nicht Regierungspartei geworden. Wäre es der Fall, so würden sie wahrscheinlich auf ihr Görlicher Erfüllungsprogramm zurückgegriffen haben und nicht den Weg einer Opposition beschritten.

Die inneren Widersprüche und die Heuchelei der deutschnationalen Opposition, deren Argumente bezeichnenderweise oft wörtlich dieselben sind wie die der Kommunisten, liegen demnach so klar auf der Hand, daß deswegen allein auch ihre Position außerordentlich schwach sein wird. Ausschlaggebend sind ja letzten Endes nicht ihre Deklamation, sondern der tatsächliche Stand unserer Finanzen und der Wille der Ruhrbevölkerung.

Eine Falschmeldung.

Ein Berliner Vormittagsblatt brachte heute eine alarmierende Mitteilung, wonach die Widerstandsverordnungen im Ruhrgebiet stillschweigend außer Kraft gesetzt seien und man mit den Franzosen arbeiten dürfe, was auch schon geschehe. Diese Mitteilung wird von amtlicher Stelle als vollkommen unwahr, ja geradezu als verbrecherisch bezeichnet.

Das Ruhr-Danama.

Die Geschichte wiederholt sich. Ebenso wie das deutsche Volk beim Abschluß des Weltkrieges mit Entsetzen gewahrt wurde, daß es vier Jahre lang belogen und betrogen wurde, beginnt es jetzt, nach acht Monaten des Ruhrkrieges, einzusehen, daß die heroische Kulisse, die von den Nationalisten aufgerichtet wurde, für viele „echideutsche“ Patrioten nur dazu diente, sich auf Kosten des hungernden, leidenden Volkes zu bereichern. Je mehr Einzelheiten über die Verschleuderung der Ruhrkredite bekannt werden, desto offenkundiger wird es, daß wir es hier mit einer Panama-Affäre von ungeheuerlichem Ausmaß zu tun haben. In der „Vossischen Zeitung“ wird auch an leitender Stelle darüber geschrieben:

„Der Zusammenbruch des Regimes Cuno zieht seine Kreise. Was die Herren Becker und Hermes aus begrifflichen Gründen geheim zu halten wünschten, wird jetzt offenbar. Die Ruhraktion hat nicht nur notwendige Ausgaben mit sich gebracht, die Monate hindurch das Reich zu tragen einfach nicht in der Lage war, sondern sie hat ebendrei auch noch unnötige Summen gekostet, an denen auch ein wohlgeordnetes Finanzwesen schließlich zusammengebrochen wäre. Zwar ist es nicht verwunderlich, daß bei einem Unternehmen, das nach vorsichtiger Schätzung täglich 10 bis 12 Millionen Goldmark verschlingt — die völksparteiliche Abgeordnete Frau Oelms sprach kürzlich sogar von 40 Goldmark Millionen —, manche stattliche Summe in Taschen steckt, für die sie nicht bestimmt ist. Aber die unverantwortliche und untragbare Belastung des Reiches entstand nicht durch ein paar Fälle illegaler Korruption, die hier und da vorgekommen sein mögen, sondern sie rührt her von dem ganz „legalen“ Zustand, der sich in den letzten Monaten im Ruhr- und Rheinland herausgebildet hatte.

Von den Reichsgeldern lebten nicht nur diejenigen, die wirklich infolge der Besetzungsmassnahmen und des passiven Widerstandes arbeitslos geworden waren, sondern ganze Berufskategorien, die nichts mit dem passiven Widerstand zu tun hatten, ließen sich bereitwillig von der Ruhrhilfe „erfassen“. Mit den Kaufleuten fing es an, dann kamen Kinobesitzer und Gastwirte, und endlich sollen sogar die Hausangestellten sehr begüterter Familien ihre Unterstützung aus der Ruhrhilfe des Reiches bezogen haben.“

Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß die Berliner Zentrale, das Kabinett Cuno, die Verantwortung für dieses System der Korruption trifft. Jetzt wird natürlich versucht, die Regierung und das Unternehmertum zu entlasten und alle Schuld auf die Arbeiter abzumwälzen. Wie steht es aber in Wahrheit mit diesen Dingen?

Die Arbeiter, die die Hauptträger des passiven Widerstandes waren, haben aus den Mitteln des Reiches ihren Lebensunterhalt bekommen. Vieles ist die Kost, die man ihnen geben konnte, recht schmal gewesen, manchmal mag sie reichlicher gewesen sein, als zum notdürftigen Leben erforderlich war, Reichthümer werden sie aber während der achtmonatigen Besetzungszeit kaum haben ansammeln können.

Wie steht es aber mit den großen Unternehmern des besetzten Gebiets? Gewiß, auch sie haben während der Besetzung zum Teil persönlich Schweres erlitten müssen; ihre Betriebe standen still, und damit entfielen die normalen Einnahmen und Ueberflüsse. Die Gelder, die das Reich dem Rhein- und Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt hat, wurden zwar den Unternehmern durch die Kohlenfinanzierungs-gesellschaft, die Stahlfinanzierungs-gesellschaft und einige kleinere Unterstützungskassen als Kredite gegeben. Die Kredite waren — es ist das eine der trüblichen Seiten aus dem Kapitel Hermes-Havenstein — mehrere Monate hindurch nicht wertbeständig, so daß das Reich schon dadurch außerordentliche Verluste erlitt. Circa seit dem Mai sind dann die Kredite allgemein auf wertbeständige Grundlage umgestellt worden, so daß nominell die Ruhr- und Rheinindustrie dem Reich in sehr großem Umfange verschuldet ist. Aber diese Schuld wird ansehnend von beiden Seiten nicht mehr recht ernst genommen.“

Diese Tatsachen wirken um so niederschmetternder, als allgemein bekannt ist, daß zahlreiche Unternehmer im Ruhrgebiet gewaltige Warenvorräte aufgespeichert und ihre Betriebe aus den Mitteln der Ruhrhilfe instandgesetzt und ausgebaut haben. Die Forderung ist deshalb berechtigt, daß diese

Kredite voll zurückgezahlt werden. Ohne Rücksicht muß in diesen großen Sumpf hineingeleuchtet und gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Abgewirtschaftet!

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Die Regierung des Grafen Stephan Bethlen hat in Ungarn abgewirtschaftet. Der reaktionäre Kurs, den sich das Land nach der Proletariatsdiktatur hat gefallen lassen müssen, hat sich von selbst beiggelassen. Die Dinge liegen heute so, daß Bethlen mit seiner Politik Schluß machen muß, wenn er die Macht in der Hand behalten will. Seine wütendsten Gegner sind seine früheren Freunde, die sogenannten „Kassenschüler“, die man wohl mit den deutschen Hakenkreuzern vergleichen kann. Sie haben Bethlen in den Sattel gehoben und waren bis vor kurzem seine treuesten Stützen. Heute finden sie, daß sein „christlicher Kurs“ zu wackelrig ist. Sie wollen ihn deshalb durch ihren Führer Julius Gombos ersetzen. Diese Absicht sollte in Abwesenheit Bethlens, der sich zurzeit in Genf aufhält, ausgeführt werden. Die Regierung machte aber einen Gegenzug und verlegte auf Grund einer Order Horthy's die Nationalversammlung.

Bethlen weist zurzeit in Genf, um eine Anleihe für Ungarn zu ermöglichen. Die alten Sünden der Reaktion rächen sich nun, denn Bethlen kann die Anleihe nur erhalten, wenn er den Ruf Ungarns im Ausland repariert. Das ist angesichts der Laten der Regierung keine leichte Aufgabe. Bethlen muß vor allen Dingen, um das Vertrauen der internationalen Finanz zu gewinnen, nachweisen, daß die Verhältnisse in Ungarn sich tatsächlich konsolidiert haben und sich der Wiederaufbau auf demokratischem Wege vollzieht.

Die Sozialdemokratische Partei beobachtet die Dinge sehr aufmerksam. Die Pause, die in den Beratungen der Legislative durch die Vertagung eingetreten ist, wird sie zu intensiver agitatorischer Tätigkeit im Interesse der voraussichtlich im Dezember stattfindenden hauptstädtischen Repräsentantenwahlen ausnützen. Die Wogen gehen heute schon sehr hoch. Unter anderem läuft auch das Mandat der Vertretung Budapests ab, die drei Jahre hindurch eine feste Säule dieses Kurzes Uethlens war. Diese Vertretung wurde nur dadurch möglich, weil sich die Sozialdemokratie an den letzten Wahlen nicht beteiligte. Durch diesen Fehler wurde die demokratische Mehrheit, die an und für sich in der Hauptstadt sicher ist, zur Minderheit. Die dreijährige Wirtschaft hat der Budapester Bevölkerung die Augen geöffnet. Sie hat den Kurs gründlich kritisiert. Die Sozialdemokratie wird sich diesmal an den Wahlen beteiligen und im Verein mit den liberalen Parteien Budapest von dem Joche der „Kassenschüler“ befreien, das keinen Fortschritt und keine natürliche Entwicklung zuläßt.

Zurückhaltung in London.

London, 20. September. (W.B.) Maßgebende Blätter wie „Times“ und „Daily Telegraph“ üben bei der Beurteilung des Ergebnisses der gestrigen Pariser Erörterungen große Zurückhaltung und betonen, daß bei der bekannten Stellungnahme der beiden Regierungen in der Reparationsfrage wahrscheinlich noch eine Strecke zurückgelegt haben müsse, um die Standpunkte einander zu nähern. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die bisherigen Erfahrungen hätten gelehrt, wie groß die Zahl der „Reinigungsverschiedenheiten“ über die Methoden im Verlaufe von vier Verhandlungsjahren sein könne. Man täte daher gut, für den Augenblick keine übertriebenen Hoffnungen selbst auf ein so befriedigendes Communiqué wie das gestern in Paris veröffentlichte zu bauen.

Die Währungsreform.

Günstige Beurteilung in England.

London, 20. September. (W.B.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, der Eindruck der britischen Sachverständigen von den Währungsreformen der Regierung Stresemann sei im allgemeinen sehr günstig, vorausgesetzt, daß sie die notwendige Kraft habe, den Plan trotz gegnerischer Eingriffe zur Durchführung zu bringen.

Entspannung im Lörracher Gebiet.

Lörrach, 20. September. (W.B.) Nach den jetzt vorliegenden Nachrichten aus dem badischen Oberlande kann festgestellt werden, daß seit gestern eine Entspannung der Lage eingetreten ist. Das Wirtschaftsleben wurde wieder aufgenommen. Der Eisenbahnverkehr und der Postbetrieb wiederholen sich wieder in normaler Weise ab. Man rechnet damit, daß die Arbeit in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden wird. Der Innenminister Kemmler gab die Zusicherung, daß die Sipo zurückgezogen wird, wenn die Arbeiter am Donnerstag morgen an ihre Arbeitsstätten zurückkehren. In Rheinfelden mußte die Gold- und Silberscheidanstalt infolge der Stromabspaltung und der daraus resultierenden technischen Schwierigkeiten ihren Betrieb für die Zeit von acht Wochen stilllegen. Der Innenminister erließ für einzelne Amtsbezirke Bodens, darunter Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz eine Verordnung, die Versammlungen unter freiem Himmel, Ansammlungen und Demonstrationen verbietet.

Freiburg, 20. September. (W.B.) Eine gestern abend im Gewerkschaftshaus abgehaltene Sitzung der Betriebsräte und Kartelldelegierten hat mit 196 gegen 156 Stimmen beschlossen, den Generalkonferenz abzubringen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Beamtenvermehrung in der Reichsbank.

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Vollsitzung ab. Angenommen wurde zunächst eine Vorlage über den Besoldungs- und Ruhegehaltshaushalt der Reichsbeamten mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Schaffung von 1237 neuen Stellen. Die Reichsbank hielt diese Vermehrung für notwendig, weil die Arbeit infolge der Währungsverhältnisse dauernd steigt und mit den vorhandenen Kräften nicht mehr bewältigt werden kann. Außerdem stimmte der Reichsrat einer Verordnung des Reichsfinanzministers zu, die den Rändern und Gemeinden zur Pflicht macht, für den 1. Oktober lediglich die Vorauszahlung eines Monatsgehältes an die Beamten vorzubereiten. Widerspruch gegen die Verordnung erhob lediglich der bayrische Vertreter. Schließlich wurde noch der Entwurf einer Anordnung für das Verfahren vor dem Rieteinigungsamt und der Beschwerdestelle genehmigt. Demnach wird in Zukunft eine größere Annäherung dieses Verfahrens an das der ordentlichen Gerichte Platz greifen. Der Vorsitzende soll das Erscheinen der Parteien in stärkerer Maße als bisher erzwingen können und das Recht haben, gegen kumulierte Zeugen vorzugehen. Die Sitzungsabstimmung wird mit derselben Schärfe gehandhabt werden, wie vor den Gerichten, die Beschwerdestellen sollen durch Vorentscheidungen der Rieteinigungsämter entlastet werden.

Dänische Freiheit.

Mit den Klagen und Anklagen der Rechten über die Behandlung der deutschen Minderheit in Dänemark vergleiche man folgende Meldung des Bureaus Airboch:

Apenrade, 18. September. (W.B.) Am vergangenen Sonntag feierten die deutschen Nordschleswiger auf der Höhe des Anisberges südlich von Hadersleben ein großes Volksfest. Die Zahl der Teilnehmer, allein aus Nordschleswien, belief sich auf über 3000. Zu Beginn des Festes hielt der deutsche Reichstagsabgeordnete Pastor Schmidt-Wedder einen köstlichen Festgottesdienst ab, an dem sich die volkstümlichen Spiele der Jugend angeschlossen. Gegen Schluß des Festes hielt Professor Schöel-Tübingen, ein geborener Schleswiger, am Fuße des gewaltigen Bismarkturmes eine Ansprache, worauf die Menge entzückt das Deutsche Landlied einstimmte.

Während Bismarckdum steht weiter, ein Reichsdeutscher, also Ausländer, kann umgehört im nationalen Sinne sprechen und das Deutschlandlied kann gesungen werden, was im nichtabgetretenen franko-belgisch, zum Teil auch im englisch besetzten Gebiet verboten ist. Und wie erst in den an andere Staaten abgetretenen Gebieten! Wir erlauben uns auch, zu bezweifeln, daß die dänische Minderheit unter der königlich preussischen Dreiklassenherrschaft solche Freiheit gehabt hat, die wir nur selbstverständlich finden.

Cloze George wird, wie „Zeit Parisien“ aus London meldet, im Laufe der nächsten Woche ein Buch herausgeben, das den Titel trägt: „Ist das der Friede?“ In diesem Werk gibt der frühere englische Premierminister einen Ueberblick über die gesamte europäische Lage. Man behauptet, daß er sensationelle Enthüllungen über die Verhandlungen in der Reparationsfrage machen wird.

Der Herr General trug ein Gedicht vor.

Von R. A. Sievers.

In einem Bericht über eine Versammlung des „Deutschen Jugendbundes“ zu Pantow war jüngst in der „Deutschen Zeitung“ (Drahtschrist „Bismarckblatt“ — nebbich) der folgende Satz zu lesen: „Herr General Felgenhauer trug persönlich ein selbstverfasstes Gedicht vor.“

Haste Worte?
Der Herr General ließen sich herbei, anstatt eines Kommissgutes jenen miesen Bogasus zu besteigen, der vordem allerhand Zivilisten, auch Juden und Judengenossen (ich erinnere nur an Heinrich Heine und Ernst Toller) zu ähnlichem Zweck gedient hatte. Dieses Faktum ist — wenn man davon absieht, daß ebendieser der damalige oberste Kriegsherr einen „Sang an Regir.“ angefertigt hat und auch Exzellenz Lindström während der Nordisaison quasi dichtete — ein Markstein unserer kulturellen Entwicklung.

„Herr General F. trug persönlich ein selbstverfasstes Gedicht vor.“ Zugegeben, daß das Wagnis, derartige Verse öffentlich zu veröffentlichen, den ganzen Mut eines altgedienten Soldaten erfordert — bedeutet nicht die Tatsache, daß Herr General ein Gedicht verfaßt, eine Kapitulation der rohen Kraft vor dem Geiste? Oder beantwortet dieser nachträgliche Berufswechsel des Herrn Generals die Frage: Was wäre aus dem Weltkrieg geworden, wenn die Generäle gedichtet und die Dichter Schlachten geschlagen hätten? — Auf jeden Fall brauchen dann die Dichter heute nicht zu verhungern, denn eine verlorene Schlacht soll, dem Vernehmen nach, eine ganz gut dotierte Ruhestandsversorgung eingebracht haben. Und nun gar erst eine gemonnene! So viel Fragen, so wenig Antworten. Sicher erscheint nur dies zu sein: So lange die Generäle Stahlabdameister waren, konnte man ihnen entweichen, indem man sich krumm schob oder Heereslieferant wurde, jetzt erst wird ihre Tätigkeit gemeingefährlich.

Da jedoch Herr General Felgenhauer kaum gesonnen sein dürfte, in die Reihen derjenigen zu treten, denen das Los Maximilian Berns in baldiger Aussicht steht, wird er nichts dagegen haben, daß man auf ihn Schillers Wort anwendet:

„Es soll der Sänger mit dem König gehen!“

Der König ist in Holland. Bitte, Herr General, gehen Sie!

Gottlos, vaterlandslos, sittenlos!

In Professor Hans Hofmanns „Kirchengeschichte für höhere Lehranstalten“, die mir ein glücklicher Zufall dieser Tage in die Hände spielte, steht auf Seite 4 folgendes zu lesen:

„Christenverfolgungen: Die Christen bemerkten die neue Religion sehr immer mehr. Sie sahen, wie erschreckend

dieser „verderbliche Uberglaube“ überhandnahm. Sollten sie ihre herrliche, großes Weltreich von diesen „gottlosen, vaterlandslosen, sittenlosen“ Christen zugrunde richten lassen? Gottlos, vaterlandslos, sittenlos! — das waren die Vorwürfe, die man gegen die Christen vorbrachte. Wahrsich für die Römer Gründe genug zur Verfolgung der Christen.

1. Gottlos. Die heidnischen Götter wurden von den Christen verworfen. Auf der anderen Seite aber sahen die Römer bei den Christen nirgends Götterbilder, Opfer, Tempel — also hatten die Christen, so meinte man, wohl überhaupt keinen Gott. Ein unsichtbarer Gott, der in geistiger Weise verehrt wurde, das war ihnen unbegreiflich. Deshalb erschienen ihnen die Christen als Gottlose, als Atheisten. Hinweg mit den Atheisten! so tönet der gewöhnliche Ruf der Volkswut in den Zeiten der Verfolgung. Alle Unglücksfälle wurden deshalb als Strafen der Götter angesehen für die Mächtigkeit der heidnischen Götter seitens der Christen. Der Anspruch des Christentums, daß es allein im Besitz der gewissen Wahrheit sei, galt als Frevel gegen die römische Staatsreligion.

2. Vaterlandslos. Wurde des Kaisers Geburtstag gefeiert, so blieben die Häuser der Christen in der illuminierten Stadt dunkel, die Türen waren nicht bekränzt. Dem Kaiser Weihrauch zu streuen, das Bildnis des Kaisers anzubeten, das verweigerten die Christen. So galten sie als Majestätsverbrecher, als Vaterlandslose. Die Christen verweigerten Kriegsdienste und nahmen kein Staatsamt an, weil sie als Beamte und Soldaten heidnische Opfer und Gottesdienste mit hätten verrichten müssen.

3. Sittenlos. Wegen der Beteiligung der Frauen an den Versammlungen, wegen des Bruderkusses, warf man den Christen Unsitlichkeit vor. Zu diesen Beweggründen religiöser, politischer und sittlicher Art kamen noch persönliche Gründe hinzu, die zu Verfolgungen der Christen führten. Geschäftsleute sahen sich durch das Vordringen des Christentums in ihrem Erwerb geschädigt, heidnische Priester verloren ihre Macht und ihre Einkünfte, Handwerker wollten einen Konkurrenten, Schriftsteller einen literarischen Gegner unschädlich machen.“

Wir wollen nun hoffen, daß, so lange die republikanischen Regierungen den Kindern ihrer Gegner für schweres Geld konfessionellen Religionsunterricht erteilen lassen, solche Lehrbücher in Gebrauch bleiben, die den Schülern zeigen, wie mit denselben Verdrängungen, mit denen die ehrenwerten „Christen“ von heute gegen die Sozialisten arbeiten, damals als die Christen noch Christen waren, gegen sie gearbeitet wurde.

K. Sch.

Telefunken-Konzerte. Einmal wurde die Welt von der Sowjetregierung mit der Telegrammadresse „An Alle!“ überrascht. Die unergleichliche Ringausbreitung der drahtlosen Telegraphie trat durch diese zu einem glücklichen Schlagwort zugespitzte Empfängerbezeichnung besonders deutlich zu Tage. Seitdem sind auf dem Gebiet der drahtlosen Uebermittlung außerordentliche Fortschritte gemacht worden. Von einer einzigen Stelle aus kann man heute weit freundlichere und willkommener Dinge „an alle“ senden als

langweilige, eintönige Morsezeichen. Das Zeitalter der drahtlosen Kunstdarbietung für jeden, der die geeignete Laufbahnordnung besitzt, ist angebrochen. Es ist bekannt, daß in anderen Ländern allabendlich Musikaufführungen durch den Uebertrager stattfinden. Bei uns sind diese Dinge noch in der Entwicklung. Die Telefunken-Gesellschaft veranstaltet zu Versuchszwecken von jetzt ab an jedem Mittwoch von 8 bis 9 Uhr abends ein Konzert in ihrem Gesellschaftshaus am Hallischen Ufer 12, das durch die auf dem Gebäude stehende Antenne mit der Welle 300 bis 400 Meter weitergegeben wird. Die Töne dürften innerhalb der Grenzen Deutschlands wohl überall zu hören sein, und an vielen Stellen auch ins Ausland dringen. Es wäre der Gesellschaft Telefunken sehr erwünscht, wenn sie von möglichst vielen der für sie unschätzbaren Zuhörer schriftliche Nachrichten über die Stärke und Güte der drahtlosen Ausstrahlungen erhielte.

Ton und Sitten im proletarischen Russland. Die Sowjetpresse beschäftigt sich neuerdings lebhaft damit, daß im Proletariat und besonders in dessen jugendlichem Teil ein „neuer Ton“ Platz greifen müsse. Trotski hat eine Broschüre verfaßt, die diesen Fragen gewidmet ist. Die „Iswestija“ schreiben, daß zurzeit kaum eine andere Frage die Aufmerksamkeit der heranwachsenden Generation so fesselt wie eben die der gesellschaftlichen Formung des zur Macht gelangten Proletariats. Angefangen von der Fälschung des Umganges — Bekämpfung des vielfach üblichen groben Schimpfens, des übermäßigen und überflüssigen Rauchens, des Trinkens und des „leinbürgerlichen Stittens“ — bis zu den Fragen der Ehe, Begräbnisgebräuchen und dergleichen wird alles unter dem Gesichtspunkt der „neuen proletarischen Ethik“ gestellt. Zahlreiche Briefe proletarischer Leser an die Zeitungen beweisen das Interesse an dieser Frage.

Ausgrabungshaus in Jerusalem. Für diesen Herbst sind in Jerusalem nicht weniger als fünf Ausgrabungen geplant, alle auf dem Gebiet der ehemaligen Davidstadt, die von den miteinander in Wettbewerb stehenden Ausgräbern regerrecht aufgeteilt wird. In diesem „Weltlauf“ beteiligen sich Engländer, Franzosen und Italiener, dann die Jüdische archäologische Gesellschaft und der französische Kapitän Weil, der von Rothschild Geldmittel erhalten hat. Es ist freilich fraglich, ob dieses Neben- und Durcheinander der verschiedenen Gesellschaften sehr zweckdienlich sein wird.

Die Kunstfälsche H. G. (Germann Kolbe und Bernhard Heide) im Hotel Alton rücken neben der bereits feststehenden Abteilung von Berlin der alten Kunst auch eine solche für moderne Kunst ein und eröffnen diese Anfang Oktober mit einer umfangreichen Ausstellung des Malerpoeten Ludwig Harig. Berlin.

Der Berliner Kithmann-Chor (Richtl. B. K. S. B.) veranstaltet am Sonntag, den 22. nachm. 1/4 Uhr, in der Elisabetharmonie, Bernburger Straße, sein diesjähriges Herbstkonzert. Zur Aufführung gelangen Uebere von Radner, Draxler, Becker, Kullke, Schürer usw. Die Mitwirkung haben Herr H. G. Rohrbach (Orgel) und Herr D. Müller (Harfe) übernommen.

Der Sigmundische Vatikanische Chor wird unter seinem Leiter Konstanze Callmiz gegen Ende Oktober in Berlin gastieren.

Der Urologen-Kongress, der vom 26.—29. Sept. stattfinden sollte, ist wegen der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der oben

Die „Not“ des Kapitals.

Widerlegung einer Fabel.

Will man der Presse des Börsen- und des Industriekapitals Glauben schenken, so gibt es keinen ärmeren Menschen in Deutschland als den Industriekapitalist. Um diese Behauptung glaubhaft zu machen, rechnet man die Dividenden der industriellen Aktiengesellschaften in Gold, um den kommt, da man das verwässerte Kapital dem Goldkapital gleichstellt, so natürlich zu dem Ergebnis, daß diese „Golddividenden“ außerordentlich niedrig ist. Genosse Kurt Heinig hat nun in einer Broschüre sich der Aufgabe unterzogen, die grobe Irreführung aufzudecken, welche in der Fabel von der Goldmarkdividende liegt. An Hand von umfangreichem Material und vielen Beobachtungen kommt er zu dem Schlusse:

1. Die Umrechnung der Papiermarkdividende in Goldverzinsung erfolgt in der Regel auf gefälschter Grundlage.
2. Die Umrechnung der Papiermarkdividende in Goldverzinsung auf ethischer Grundlage zeigt, daß die Golddividende bislang bei weitem nicht so schlecht war wie stets behauptet wurde.
3. Die Verteilung des Kapitalertrags aus industrieller Arbeit erfolgt heute unter anderen Gesichtspunkten als vor dem Weltkrieg.
4. Die Dividende ist nur ein Bruchteil des Kapitalertrags.
5. Neben der Dividende bezieht der Aktionär noch einen weiteren Teil des Kapitalertrags, meist auf Kosten der Substanzhaltung, in Form von Bezugsrechten.
6. Die volle Höhe des nachkriegsmäßigen Kapitalertrags ist neben Beachtung der Bezugsrechte nur unter Berücksichtigung der inneren Vergrößerungen der Unternehmungen, ihrer Auslandsguthaben und der für die Allgemeinheit unproduktiven verschwindenden Ertragsstücke festzustellen.
7. Die Spekulationslust des neuen Unternehmertyps zerstört ebenso industrielle Substanz wie die Eier der Aktionäre und Banken nach hohen Bezugsrechten, die eine gesunde Reservenbildung zur Erhaltung der industriellen Substanz verhindert.

Außerordentlich lehrreich ist eine Zusammenstellung sämtlicher an der Berliner Börse notierten Papiere, die außer den Dividenden der beiden letzten Jahre auch die inzwischen gewährten Bezugsrechte anführt.

Trotz allem hat die Umrechnung der Papiermarkdividenden und Lantimen in Gold für die Allgemeinheit einen Vorteil insofern, als sie auf dem Wege zur wertbeständigen Mark, zur Goldrechnung, ein weiterer Schritt ist. Daß die Einführung der Goldwährung, die jetzt bevorsteht, große, aber auch reinigende Erschütterungen nach sich ziehen wird, liegt auf der Hand:

Das Produktionskapital hat meist nur noch Geldkapitalinteresse, und die Geldkapitalisten sind reiche Kurskapitalisten geworden. Ihre Schande wird mit dem Erreichen der wertbeständigen Währung nach auf offenem Markte von jedermann angepöbeln werden. haben, und die Massen werden sie als ausgleichende Gerechtigkeit begrüßen! Deutschland wird, aus dem Alp des deutsch-französischen Gegensatzes erwachend, zu eigener Gestaltung seines wirtschaftlichen Schicksals Wege suchen. Dabei wird sich herausstellen, daß die Kapitalisten es um kein Erstgeburtrecht, um die Westpriorität der technischen Höhe seiner Produktion, um die Voraussetzungen seiner kulturellen Zeugungskraft betrogen haben. Damit wird die deutsche Republik eine Wirtschaftsgemeinschaft zweiten Ranges! Deswegen geht es im Kern gar nicht um höhere Dividenden, wenn klagend und jammernd Papiermarkzinsen in Gold umgerechnet werden. Im Schutze dieser scheinbaren Entbehrung steht der sinnlose Privilegismus der Existenzgrundlagen des Hand- und Arbeiterproletariats auf! Wird dieser Entwicklung freier Lauf gelassen, dann sterben in ihr der Wille zur Sozialpolitik und zur Allgemeinkultur, die Zukunft wird im Ruineerde der Gegenwart erdroffelt, ehe sie lebendig zu werden vermag. Deswegen muß die Kampflösung sein: Nicht nur Dividenden- und Lantimeneuern und nicht nur Anteil am Kapitalertrage etwa nebst Regulierung seiner substanzialen Grundlängen, sondern

Beteiligung der Allgemeinheit an der Substanz, Ueberführung der Substanz in die gesunde Gemeinwirtschaft durch Erfassung der Substanzwerte und Systematisierung der Produktion auf allen Wegen der Gesetzgebung, von der Beteiligung des Staates am Produktions- und Geldkapital bis zum Erbrecht des Reiches an jeder den Besitz wechselnden Wirtschaftssubstanz.

Die Schrift, die im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, erschienen ist, ist eine wirksame Waffe im Kampfe gegen die Irreführungen der Unternehmerpresse und daher der Arbeiterschaft zu empfehlen.

Die Franzosen im Mannheimer Schloß.

Mannheim, 20. September. (Mth.) Die Franzosen besetzten in Stärke von 3 bis 4 Kompagnien, die mit Maschinengewehren ausgerüstet waren, heute früh gegen 6 Uhr das Mannheimer Schloß und stellten an sämtlichen Zugängen Posten aus.

Dadurch hat die Besetzung Mannheims eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Grund der Besetzung, über den in der Stadt die verschiedensten Gerüchte in Umlauf sind, ist bisher außerlich nicht bekannt. Da das Schloß an den Ausgängen zu der Rheinbrücke nach Ludwigshafen liegt, dürfte es sich um eine Ausdehnung des Brückenkopfes der Rheinbrücke handeln. Die Schloßbesetzung kam vollständig überraschend. Sämtliche Zugangsstraßen zum Schloß werden von starken Maschinengewehrposten besetzt gehalten. Am rechten Flügel des Schloßes, gegen den Hauptbahnhof zu, stehen die französischen Posten bis zur Lindenhofüberführung an der Vorderfront des Portals des Schloßhofes und beherrschen von hier aus die breite Straße, die zu der von den Franzosen schon vor einiger Zeit besetzten Neckar-Friedrichs-Brücke und zum ebenfalls besetzten Neckarbahnhof führt. Die auf dem linken Flügel des Schloßes an der Jesulenkirche stehenden Posten stellen die Verbindung mit dem am 3. März besetzten Mannheimer Hauptbahnhof am Hafengebiet her. Der Zugang zum Schloß und auch zum Schloßhof wird dem Publikum verwehrt. Der Hauptbahnhof Mannheim ist entgegen anderslautenden Gerüchten nicht besetzt. In dem Schloß, das das größte Schloß Deutschlands ist, sind eine große Anzahl staatlicher und städtischer Behörden, darunter sämtliche Gerichtsbehörden, untergebracht. In dem Schloß befindet sich französische Gendarmerie. Ob diese eine Durchsicherung der in dem Schloß befindlichen Bureaus vornehmen will, ist bisher noch unbekannt.

Das kaiserliche Parlament hat Cosgraves zum Präsidenten des ausführenden Rates wiedergewählt. Die republikanischen Abgeordneten waren der Sitzung ferngeblieben.

Nadelkunst.

Heute ist für die weitesten Kreise eigentlich jede freundliche Lebensgestaltungsmöglichkeit durch die Not des Tages erschlagen worden. Frägt man? „Wer kauft heute noch Handarbeiten?“ so erhält man als Antwort ein Achselzucken. Viele Frauen aber betrachten ihre Nadelkunst jetzt daraufhin, ob sie ihnen nicht Nebenverdienst sein kann. So sieht man auch in der großen Handarbeitsausstellung bei Tieg in jeder Abteilung eine praktische Vorführung der Arbeitsmethode.

Kreuzlich, vor hundert Jahren schon Mode, ist auch jetzt noch modern. Man versucht namentlich durch immer neue Farbenzusammenstellungen den Mustern die verschiedensten Reize abzugewinnen. Färbt ist für Anfänger zuerst ziemlich schwierig. Aber Übung macht den Meister, und ist erst eine beachtenswerte Fingerfertigkeit erworben, dann geht das Knüpfen und Stopfen leicht von der Hand. Man gebraucht Färbt und Ländurchzug für kleine und große, runde und edige Decken und Steres. Kunststrickerei, unsere Großmütter pflegten sie einmal, ist gegenwärtig auch wieder modern. Die Großmütter strickten den Entkommenen fast unzertrennbare Unterwäsche. Wer kann so etwas heute noch denken? Und gestrickte Decken kann man sich heute nur leisten, wenn man zur ebenen Gattung der Spekulation gehört. Bei den jetzt modernen Decken strickt man vielfach die Einfäse aus Seide und Gold und unterlegt sie farbige Wolllinien und Wolllinien kommt auch immer mehr und mehr in Aufnahme. Man färbt ganze Decken, Decken mit Wolllinien umhüllt, gestrickte und gebähtete Puffs, umhüllte Kleiderbügel (gut geeignet für Mäntel oder Jacken, die ein Seidenfutter haben) und allerley Wolllinien für Wolllinien, die Kinder sehr oft tragen. Die Webkunst liefert dauerhafte Sachen, und das Münchener Kunstgewerbe bedient sich altdeutscher Leinwandstoffe und glänzender Farben. Bei der Buntstickerei sieht man wiederholt den Nahtstoff angewandt, und man gewahrt Wolle mit Seide garniert. Weißstickerei, Durchbruch- und Lochstickerei, ist mühsam, aber überall gut zu gebrauchen. Die Teneriffa-Arbeit zeigt Wunderwerke in feinen Nadelstichen. Man sagt, es würden viele in Heimarbeit hergestellt. Frivolitäten, mit den sogenannten Schiffchen gearbeitet, sind noch am ehesten für den Hausbedarf herzustellen, da sie als Zutaten nur Häkelgarn beanspruchen.

Das Klöppeln tritt immer mehr in den Vordergrund. Da soll hier gleich erwähnt werden, daß unsere Klöppelindustrie durchweg für die Ausfuhr arbeitet. Die Klöppelspitze eignet sich ja in hohem Maße dafür, denn erstens ist sie Luxusgegenstand, an dem wohl viele fleißige Hände arbeiten, der aber in Deutschland seinen Absatz finden kann, zweitens braucht sie wenig Material und drittens ist sie eine leichte Ware, die keine hohen Transportkosten verursacht. Die kunstgewerblichen Sachen sind teuer. Jedoch wer heute dafür noch Geld übrig hat, bezahlt sie nicht zu hoch, weil Arbeit, Können und Geschmack doch auch bewertet sein sollen.

Der Koffschrei einer Mutter.

Statt Milch wird in Berlin Sahne verkauft.

Es gibt keine Milch mehr in Berlin. Das ist kein Geheimnis mehr. Das Berliner Milchamt weiß es und nur jene Behörden im Staat, die sich pflichtgemäß um die Kenntnis dieser Dinge zu kümmern hätten, scheinen es nicht zu wissen. Man muß zu ihrer Ehre annehmen, daß sie es nicht wissen, denn wenn sie trotzdem nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Rechtsmittel einsetzen, um diesem Zustand, der katastrophal zu werden droht, ein Ende zu bereiten, so wäre es mit der Autorität des Staates ohnedies vorbei. Vielleicht macht das Milchamt jene Instanzen auf den folgenden Koffschrei einer Mutter — einer von vielen — aufmerksam:

„Ich es dem Magistrat nicht möglich, selbst bei diesen hohen Milchpreisen, wo der Bedarf ohnehin gering ist, wenigstens dafür zu sorgen, daß die über 4 Jahre alten Kinder auch mal ¼ Liter Milch bekommen. Ich habe einen 4½jährigen kränklichen Jungen und kann dem armen Kinde nicht einen Tropfen Milch mehr geben. Man muß als Mutter nun leben, wie sich ein Kind nach und nach zugrunde geht; denn Ernfür für Milch gibt es wohl in Form von Sahne, die aber nur für reiche Leute Kinder da ist. Mein Mann als Tischler hat nicht solch Einkommen, daß wir uns Sahne leisten können. Und ich bin doch nur eine von den vielen Müttern, die Kinder über 4 Jahre haben.“

Wir wissen, daß in Berlin Sahne statt Milch verkauft wird, und zwar in Mengen, die in gar keinem Verhältnis zu dem angeleglichen Milchmangel stehen. Der Preis ist den Bedürfnissen der notleidenden Bevölkerung angemessen, beträgt etwa 25 bis 30 Millionen für den Liter. Vielleicht beruhigt man sich nun an der verantwortlichen Stelle und freut sich, daß es doch wenigstens Sahne gibt.

Kein Mehlverkauf zu Dollarpreisen.

Der Verein Deutscher Handelsmüller e. V. teilt mit. Durch die Presse geht die Nachricht, daß Landwirtschaft und Mühlen vor einigen Tagen den Beschluß gefaßt hätten, Getreide und Mehl nur noch nach dem Dollarkurs zu verkaufen. Als berufene Vertreter der deutschen Handelsmüller erklärt der Verein Deutscher Handelsmüller e. V. Chorbottenburg ausdrücklich, daß dieser Beschluß seitens der wahrhabenden Stellen der deutschen Mühlenindustrie nicht gefaßt ist. Die Mehlpreise werden nach wie vor — was einzig dasicht in der deutschen Industrie — in Papiermark gestellt, trotzdem die Mehle einen größeren Prozentsatz ausländischen Weizens enthalten, der in Devisen von den Mühlen bezahlt werden muß. Dadurch wird auch die Bekauptung hinfällig, daß die Mühlen für Mehle den Preis von 720 Dollar verlangten und damit den Weltmarktpreis bereits überschritten hätten. Die in Papiermark verlangten Preise für Mehl erreichten auch niemals einen Kurs von 72 Dollar, sondern hielten sich wesentlich darunter, ungefähr auf der Basis von 6 Dollar, je nachdem deutsches Getreide von den Mühlen zu kaufen war. Es trifft weiter nicht zu, daß auf des amerikanische Mehl ein Einfuhrzoll erhoben wird. Das ausländische Mehl wird vollkommen zollfrei eingeführt und unterliegt nicht einmal der Umsatzsteuer von 2 Proz., die die deutschen Mühlen zu zahlen haben, und was von der deutschen Mühlenindustrie als ungerechtfertigte Benachteiligung gegenüber der ausländischen empfunden wird.

Wir geben diese Versicherung aus Loyalitätsgründen wieder, werden aber in Zukunft jeden uns zur Kenntnis gelangenden Fall rückfahrig feststellen, aus dem hervorgeht, daß die Preisforderung doch auf die Dollarbasis erfolgt ist.

Ein Milliardenbetrug.

Ein Münchener Milliarden-Bankdefraudant wurde von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen. Es handelt sich um einen 24 Jahre alten Kaufmannsgehilfen Karl Kregelin. Der junge Mann hatte es verstanden, mit Hilfe der Papiere seines Bruders, eines Bankbeamten, Stellung bei einer Münchener Großbank zu erhalten. Er hatte diese einzig und allein zu dem Zweck angestrebt, um Gelegenheiten zu Unterhaltungen zu haben. Es gelang ihm auch, sich bald in den Besitz von Scheinformatoren zu setzen. Ausgleich hatte er sich die Unterschriften der in Frage kommenden Bankdirektoren verschafft und durch fleißige Übung hatte er bald eine große Fähigkeit in der Nachahmung dieser Unterschriften. Mit seiner Geliebten, einer Johanna Sajowa, suchte er dann das Weite. In vielen Städten brachte er diese Scheids, die zum Teil in ausländischer Währung ausgestellt waren,

unter. So gab er in Straßund einen Scheck über 1 Million 400 000 ungarischen Kronen aus. Dort eröffnete er auch mit einem bekannten Manufakturisten ein Geschäft, in das er große Summen einwarf. Von Straßund kam er zuletzt jetzt nach Berlin. Als er hier wieder Schecks abheben wollte, wurde seine Geliebte, die er damit beauftragt hatte, festgenommen, da die hiesige Kriminalpolizei inzwischen alle Banken benachrichtigt hatte. Er selbst wurde in einer Privatwohnung in der Alten Schönhauser Straße ermittelt. Eine ganze Reihe Schecks und große Summen von ausländischen Zahlungsmitteln wurden beschlagnahmt.

Soll das aufmunternd wirken?

Wenn jetzt Privatpersonen bestohlen werden und zur Wiederherbeziehung des gestohlenen Gutes oder zur Ergreifung der Diebe sich mit der Bitte um Mitwirkung an die Öffentlichkeit wenden, dann lesen sie Belohnungen von vielen Millionen oder auch schon Milliarden aus. Behörden aber haben immer noch nicht begriffen, daß sie in einer Zeit rasend schneller Geldentwertung nicht an Belohnungsfähigen festhalten können, für die man am Tage der Auszahlung vielleicht keine Schrippe mehr kriegt. Auch die Reichseisenbahnerverwaltung scheint sich keine Gedanken darüber zu machen, ob sie mit solchen Beträgen noch viele Leute dazu aufmuntern kann, ihr in ihrem schweren Kampf gegen die Verraubungen von Eisenbahnwagen behilflich zu sein. Einem Mann, der am 12. Juni auf der Ostbahn-Borostiftede zwei Eisenbahnzüge bemerkt, und dem es dann in Berlin gelang, wenigstens einen der beiden festzunehmen zu lassen, hat die Eisenbahndirektion Berlin am 17. September eine „Belohnung“ von 100 000 M. (hunderttausend Mark) angeboten. Vom 17. September ab kostet in Berlin die Wartenschrippe bereits 115 000 M.! Der Mann hat die Hilfe nicht gelehrt, um eine Belohnung zu erhalten, sondern hat sich nur von dem Gedanken leiten lassen, daß öffentliche Einrichtungen vor Verraubung geschützt werden müssen. Die beiden Diebe hatten in der Nacht einen unbeaufsichtigt auf den Gleisen stehenden Zug gründlich ausgeraubt und fuhr im Morgengrauen mit dem ersten Zug nach Berlin zurück, um ihre in Rucksäcken verstaute Beute an Metallen (Türklinken usw.) zu „verschärfen“. Was dem Festgenommenen noch abgefragt wurde, stellte schon damals einen Wert dar, der in die Millionen ging. Heute dürfte der Betrag so hoch sein, daß 100 000 M., die jetzt die Eisenbahndirektion als „Belohnung“ opfert, nicht ein Tausendstel des gerechtfertigten Wertes sind. Wieviel Kosten an Schreiberei, Papier und Porto mögen bis zur Erledigung der „Belohnung“ entstanden sein? Wahrscheinlich ein Vielfaches von 100 000 M.!

Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark.

In den nächsten Tagen werden neue Reichsbanknoten über 500 Millionen Mark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 86 x 155 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingeformte Wasserzeichen stellt Dieselblätter in ornamentaler Verarbeitung dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird durch die rotviolette Färbung des Papierstreifens und die darin eingebetteten braunen und grünen Fasern erhöht. Der etwa 35 Millimeter breite Schaurand trägt die querstehende Ziffer 500 in violetter Farbe. Das in braunem und violetter Färbung hergestellte Druckbild zeigt in seinem nehmigen Untergrund die große schattierte Zahl 100 in Grau und im Bereich des Textes — sich hell abhebend — das Wort „Millionen“. Auf diesem Unterdruck steht in braunschwarzer Farbe: Reichsbanknote Fünfhundert Millionen Mark zahlbar dem Inhaber. Vom 1. Januar 1923 ab kann diese Banknote ausgerufen und unter Umlauf gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingezogen werden. Die zweifelhafte Wertbezeichnung ist durch starken kräftigen Druck mit einem verjagten Ansanbushaben besonders hervorzuheben. Unter diesem Anfangsbuchstaben ist der Strohhalm anbracht. Rechts und links von den Unterschriften stehen die Stempel mit der Umschrift „Reichsbankdirektorium“. Die Nummer ist unten rechts — bis auf den Schaurand reichend — in grüner Farbe aufgedruckt. Die Rückseite der Note ist unbedruckt.

Die „reichliche Erwerbslosenfürsorge“.

Der „Vokalanzeiger“ berichtet in seiner Morgenausgabe vom Mittwoch über die Aufklärung des Reindendorfer Frauenmordes. Nach diesem Bericht erklärte der Mörder zu Protokoll, daß er „trotz der reichlichen Erwerbslosenunterstützung“ in immer tiefere Schulden kam. — Die Erwerbslosen werden sehr erstaunt sein, daß ihre Unterstützung „reichlich“ ist. Aber sie mögen sich nicht enttäuschen, denn der arme Doktor des „Vokalanzeigers“ der für diese Behauptung verantwortlich ist, wird wahrscheinlich so niedrig bezahlt, daß ihm die Erwerbslosenunterstützung sogar noch erstrebenswerter erscheint. Vielleicht werden die Schätzer der „Vokalanzeiger“-Redakteure in Zukunft noch den Söhnen der Erwerbslosenfürsorge gähnen. Sie werden sich dann wahrscheinlich wie im siebenten Himmel fühlen.

Wegen eines Kullstbrandes wurde am Donnerstag früh um 7 Uhr die Charlottenburger Feuerwehr nach dem Renaissance-Theater, Rnelebeckstraße 100a, gerufen. Es selana, die Flammen auf ihren Herd zu beschranken, noch bevor sie größere Ausdehnung erlangt hatten. — In der letzten Nacht wurde die Berliner Wehr abermals nach dem Aluminium-Werken auf dem Zentralvieh Hof, Thierstraße, alarmiert, wo nach 11 Uhr am zweiten Male Feuer auf der alten Brandstelle ausgekommen war. Nach Löschung der Flammen rückte die Wehr wieder ab, ließ aber eine Brandwache zurück.

Der täglich steigende Brotpreis. Anlaß des weiteren Anstiehs der Mehlpreise hat der Anstiehsbrand der Bäckereimeister Groß-Berlins mit Wirkung vom 20. September den Preis für ein markenfrees Brot auf 14 Millionen Mark und die markenfrees Schrippe auf 580 000 M. festgesetzt. Die übrigen Gebäcksorten, werden entsprechend erhöht.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Berichtigung. Der Ausschuss für die Verteilung am Sonntag, den 23. September, im Neuen Theater beträgt nicht, wie heute veröffentlicht, 1 Million, sondern 2 Millionen.

Die Feuersbrunst in Kalifornien.

Ueber die Feuersbrunst, die seit einigen Tagen in der Gegend von Sonoma in Kalifornien wütet, werden folgende Einzelheiten bekannt: In der Gegend von Marin verbreiteten sich die Flammen auf einer Front von 27 Kilometern. Das Feuer nahm solchen Umfang an, daß man seiner noch nicht Herr werden konnte. Ungefähr sechs kleinere Städte sind in Gefahr. Die Städte Sonoma und Johnsbury sind von Grund auf zerstört. Der Brand rächte in zehn verschiedenen Gegenden große Zerstörungen an und hat bereits 3 Städte im Innern des Landes und 12 Communitäten schwer mitgenommen. Es ist schließlich gelungen, den Feuerherd in der Stadt Berkeley zu erlöchen, doch sind mehr als 1000 Häuser der Feuersbrunst zum Opfer gefallen und der Schaden beträgt mehr als 10 Millionen Dollar.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Gleitschiff, zeitweilige Wetter, jedoch übermäßig bewölkt, mit wiederholten Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis, Charlottenburg. Abwandsauswahl: Sitzung am Freitag abend 7 Uhr, im Jugendheim, Kollnseestr. 4. Alle Abteilungen müssen bestimmt vertreten sein. 14. Kreis Kreuzberg. 7 Uhr Sitzung der Ordnung zur Jugendwehre in der Kreuzberg-Wehr. Jede Abteilung und die Arbeiterjugend muß vertreten sein.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen Einschränkung und Stillelegung.

In Sachsen sind dem Arbeitsministerium während der letzten Wochen ganz außergewöhnlich zahlreiche Anzeigen über beabsichtigte oder bereits durchgeführte Betriebseinschränkungen und Stillelegungen erstattet worden. Aus diesen Anzeigen und insbesondere aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsämter ist zu erkennen, daß die Unternehmer mit ihren Stillelegungsanträgen vielfach lediglich den Zweck verfolgen, möglichst schnell ihre Betriebe zum Stillstand zu bringen oder wesentlich einzuschränken und sich dadurch ihren Verpflichtungen gegenüber der Volks- und Steuerwirtschaft sowie ihrer Arbeitnehmerschaft auf bequemem Wege zu entziehen. Damit wird zugleich beabsichtigt, die zwischen den Vertretern der wirtschaftlichen Vereinigungen oder durch Schlichterspruch festgesetzten Gehälter und Löhne für die Arbeitnehmerschaft unwirksam zu machen.

Das sächsische Arbeitsministerium ist entschlossen, solchen Mißständen nachdrücklich entgegenzutreten und hat deshalb angeordnet:

„Die Genehmigung zur Abkürzung der Sperrfrist oder zur sofortigen Betriebsstilllegung kann künftighin nur vom Arbeitsministerium selbst erteilt werden.“

Alle derartigen Maßnahmen sind auf das peinlichste zu überprüfen (bei ungläubigen Angaben des Unternehmers über seine Betriebsverhältnisse Einsichtnahme der Geschäftsbücher und Geschäftskorrespondenzen).

Bei den Erörterungen ist der Unternehmer nachdrücklich auf die in § 4 der Stillelegungsverordnung vorgezeichnete Beschlagnahme und Enteignung darauf hinzuweisen, daß das Arbeitsministerium gegebenenfalls rücksichtslosen Gebrauch von seinem Beschlagnahme- und Enteignungsrecht machen wird.

Am dem Sitze jeder Kreisbauhauptschaft ist sofort vom Demobilisationskommissar ein „Ausschuß für Stillelegungsangelegenheiten“ zu errichten, der sich aus dem Demobilisationskommissar oder seinem Stellvertreter und je 3 Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt. Der Ausschuss hat u. a. die Aufgabe, auf Antrag des Arbeitsministeriums über Beschlagnahme und Enteignung die endgültigen Entscheidungen zu treffen.

Unter den gewerblichen und Verkehrsbetrieben sind das Ziegelei- und Baugewerbe sowie die Straßenbahnbetriebe einzugliedern.

Das Arbeitsministerium weist weiter darauf hin, daß Kündigungen und Entlassungen während der Sperrfrist nicht stattfinden dürfen. Die Entfaltung der Arbeitsstreckung hat durch Anschlag in den Betriebsabteilungen und so rechtzeitig zu erfolgen, daß die betreffenden Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, noch vor Eintritt der Arbeitsstreckung deren Notwendigkeit durch den Schlichtungsausschuß bzw. Demobilisationskommissar nachprüfen zu lassen. Ferner sind die Unternehmer verpflichtet, sich mit den Betriebsvertretungen längere Zeit vor einer geplanten Arbeitsstreckung oder Betriebsstilllegung ins Benehmen zu setzen. Die Betriebsvertretung sowie auch der Unternehmer haben alsdann sofort dem örtlichen Arbeitsnachweis darüber Mitteilung zu machen.

Das sächsische Arbeitsministerium ist am 27. August d. J. dringlich bei der Reichsregierung wegen Vorkehrungsmassnahmen gegenüber der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vorstellig geworden und hat u. a. gefordert, daß im Wege einer Reichsnotverordnung für die jetzige Notzeit

a) die Entlassungsverordnung in dem Sinne abgeändert wird, daß eine Entlassung von Arbeitnehmern erst vorgenommen werden soll, wenn die Wochenarbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt worden ist,

b) Kündigungen und Entlassungen von Arbeitnehmern grundsätzlich überhaupt verboten, und der Arbeitgeber, der den Betrieb nicht weiterführen kann, verpflichtet wird, lediglich aussetzen zu lassen, so daß der Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis verbleibt und ohne weiteres seine Arbeit wieder aufnehmen kann, wenn die gegenwärtige Krise überwunden ist,

c) die Beschäftigung von Doppelverdienern und die Pfuscharbeit grundsätzlich unterbunden wird.

Da die Reichsregierung bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen hat, hat sich das Arbeitsministerium erneut dringlich wegen Erlasses der von ihm geforderten Notverordnung an die Reichsregierung gewandt und seine Forderung noch dahin ergänzt, daß die Stillelegungsverordnung insoweit geändert wird, als auf alle gewerblichen Betriebe ohne Rücksicht auf die Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeitnehmer Anwendung zu finden hat, und die Landeszentralbehörden oder die Demobilisationsbehörden die Befugnis erhalten, eine eidesstattliche Versicherung der verantwortlichen Personen des Unternehmens, das stillgelegt wird, darüber zu fordern, daß das Unternehmen kein Betriebskapital zur Verfügung hat und ein solches auch nicht beschaffen kann. Das Arbeitsministerium hat auch der Reichsregierung gegenüber angeündigt, daß, falls die Reichsregierung nicht alsbald eine entsprechende Notverordnung erlassen werde, sich das Arbeitsministerium veranlassen werde, sich den Erlass einer solchen Notverordnung durch das sächsische Arbeitsministerium auf Grund des Artikels 48 Abs. 4 der Reichsverfassung zu beantragen.

Internationaler Kongress der Lederarbeiter.

Dresden, 18. September.

In Dresden tagte vom 16. bis 18. September der Kongress der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Aus 11 Ländern waren 50 Delegierte

anwesend. Die Leitung des Kongresses lag in der Hand von Boulton-London, Roux-Paris und Simon-Kürnberg. Genosse Simon erstattete Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Schuh- und Lederindustrie empfindlich unter den Schwankungen der Konjunktur zu leiden hat. Die Befragung des Ruhrgebietes verschärfte die Lage besonders in Deutschland, wo die Situation die Arbeitermassen zur Verzweiflung treibt. In ihrer Not appellieren die deutschen Arbeiter an die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt, ihre Anstrengungen und ihren Druck auf ihre Regierung zu verstärken, damit den gepeinigten Völkern endlich der Friede gegeben wird. In der Diskussion zum Bericht des Sekretärs wurde die negative Kritik der Kommunisten zurückgewiesen. Moor-Schweiz begründete den Antrag der Schweizer Lederarbeiter auf Aufnahme des zweiten französischen sowie des russischen Lederarbeiterverbandes in die Internationale Vereinigung. Demgegenüber legte das Zentralkomitee eine Entschließung vor, wonach von allen Verbänden, die die Aufnahme in die Internationale Vereinigung nachsuchen, folgende Bedingungen erfüllt werden müssen:

1. Vorbehaltlose Anerkennung der Statuten und Kongressbeschlüsse der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Unterlassung jeden Versuches, Beschlüsse irgendeiner der Internationalen Vereinigung nicht angehörenden Organisationen oder Instanzen durchzuführen. Unterlassung der Zellenbildung in der Internationalen Vereinigung und in den derselben angeschlossenen Organisationen.

2. Einstellung des Verleumdungsleidens gegen die Amsterdamer Internationale und gegen die derselben angeschlossenen Sekretariate und Organisationen. Vorhandene Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Weise ohne persönliche Angriffe auszutragen.

3. Jeden Versuch zur Spaltung der internationalen Organisation zu unterlassen und solchen Versuchen entgegenzutreten. Soweit Spaltungen schon erfolgt sind, ist alles zu tun, um die Wiedervereinigung dieser Verbände herbeizuführen.

Die Entschließung der Zentralkommission wurde in ihrem ersten Teil gegen eine Stimme, in ihrem zweiten Teil, der die eigentlichen Bedingungen enthält, gegen 14 Stimmen angenommen, die sich aus den englischen Delegierten, die überhaupt gegen die Aufnahme der Russen waren, und aus den oppositionellen Vertretern zusammensetzten. Daraus erklärte der russische Vertreter, daß sein Verband wohl die Aufnahme wünsche, aber die Notwendigkeit der Bedingungen nicht einsehen könne. Dann referierte Roux-Paris über den Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag. Die Angriffe sind überall von der Arbeiterschaft abgewehrt worden mit Ausnahme der Schweiz, wo die 52-Stunden-Woche bereits in zahlreichen Betrieben eingeführt wurde. In Deutschland arbeite man in der Schuhindustrie nur 47, in der Sattlerei nur 48 Stunden in der Woche. Roux forderte auf, dem Angriff der Arbeitgeber mit der Forderung nach der 54-Stunden-Woche zu begegnen. Der Kongress stimmte dem zu, worauf Roux die Tagung mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß.

Generalversammlung der Buchdrucker.

Gestern nachmittag fand die am Sonntag vertagte Generalversammlung in der Buchdruckerei ihre Fortsetzung. Einleitend gab der Gewerkschaftsleiter Braun bekannt, daß man auf die Gerüchte, die durch den amtlichen Stellen hätten den Buchdruckerstreik zur Veranlassung genommen, deutsches Geld in Oesterreich drucken zu lassen, eine Anfrage an die Wiener Verbandsinstanzen gerichtet hat. Die Antwort der Wiener Kollegen verneint die Herstellung irgendwelchen Geldes für Deutschland in Oesterreich.

In der Diskussion nahm man sich besonders des Antrages der Arbeitlosen an, der sich entzündete gegen die (Kampfmacherischen) Tendenzen einiger im Reichswirtschaftsrat gehaltenen Reihen über das Schicksal der Arbeitlosen wendet. Dieser Antrag fand auch bei der Abstimmung einmütige Annahme. Die Kommunisten vertraten den Standpunkt, daß die Hauptursache unseres gegenwärtigen Elends darin liegt, daß sich die Gewerkschaften nicht auf das von den Kommunisten allein richtig erachtete kommunistische Programm einstellen. Der Antrag auf Einberufung einer öffentlichen Buchdruckerversammlung verfiel der Ablehnung, weil die Meinung vorherrschte, daß man in den Bezirksversammlungen den größten Teil der Kollegen zusammensuchen und dort alle wichtigen Probleme für die Organisation am besten diskutieren kann.

Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand meldete in seinem Referat, daß es heute mehr denn je notwendig ist, die Gewerkschaften von politischen Einwirkungen freizubehalten, und über der politischen Zersplitterung der Arbeiterschaft die Einheit und Geschlossenheit für die großen gewerkschaftlichen Aufgaben zu erhalten.

Angenommen wurde ferner ein Antrag auf gemeinsame Berichterstattung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter über Lohnverhandlungen, nachdem Bloch im Hilfsarbeiterverband sich zustimmend geäußert hatte. Bloch'scher Referat in seinem Schlusswort die Handlungen des Gewerkschaftsleiters im Interesse der Gesamtheit der Kollegen. Die durch Braun am Schluß der Versammlung bekanntgegebenen Zahlen über die Arbeitslosigkeit sowie Volk- und Kurzarbeit im Gewerbe werfen ein grelles Schlaglicht auf die Not der Buchdrucker.

Nachklang zur Generalversammlung der Metallarbeiter.

In der gestrigen Morgenzeitung verwendet die „Rote Fahne“ für einen von Verdrehungen, Verleumdungen und persönlichen Anspielungen strotzenden Bericht einseitig Spalten. Die verhasste But über die moralische Niederlage, die die „Moslauer Opposition“ auf der Generalversammlung erteilt, ist menschlich begreiflich. Umso mehr, als das geistige Haupt der „Opposition“, Jakob Walcher, die Führung des Moslauer Angriffs übernommen hatte. Von Anfang an verstanden die Moslauer der Generalversammlung die Auffassung beizubringen, daß eine Tagung nicht zweckdienlich sei. Als erster Grund mußte die durch einen bedauerlichen Zufall gleichfalls stattfindende Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebszentrale herhalten. Als die Generalversammlung diese Gründe nicht akzeptierte, wurden fortwährend

andere Gründe gesucht, um eine ordnungsgemäße Tagung unmöglich zu machen. In diesem immerwährenden Durcheinander der in der Geschäftsordnungsdebatte vorgebrachten Anträge, Wünsche und Beschlüssen, rannien sich die Moslauer unter der glorreichen strategischen Führung Walchers derart fest, daß ihnen am Ende der dreistündigen Geschäftsordnungsdebatte kein anderer Ausweg mehr blieb, als den Selbstmord der Generalversammlung zu beschließen.

In dieser Generalversammlung hat Walcher, der nach dem Wunsch der Moslauer der zukünftige Leiter der Berliner Metallarbeiter werden soll, den Nachweis erbracht, über welches Führertalent er verfügt. In den kommenden Wirtschaftskämpfen wird es den Berliner Metallarbeitern bei solchen glänzenden Führeigenschaften und strategischer Veranlagung wirklich nicht mehr fehlen können.

Wir wollen hoffen, daß die Berliner Metallarbeiter noch recht lange vielleicht für immer bevor bemehrt bleiben, solchen Talenten die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen anzuvertrauen.

Die Landesstelle Essen der Deutschen Arbeiterzentrale hat eine Eingabe an die zuständigen Ministerien um finanzielle Hilfe gerichtet. Die Deutsche Arbeiterzentrale läßt die aus dem Essen kommenden ausländischen Arbeiter in Sanierungsgrenzämtern gesundheitlich kontrollieren. Ihre sprachkundigen Beamten legitimieren und vermitteln die ausländischen Arbeiter, nach dem das zuständige Landesamt die Genehmigung zur Arbeitseinstellung erteilt hat. Bis Ende 1922 reichten die Einnahmen aus den Vermittlungs- und Qualifikationsgebühren aus, um die Ausgaben zu decken. Obwohl diese Gebühren erhöht wurden und der Betrieb und Ertrag bis auf äußerste eingeschränkt sei, steht die Einrichtung vor dem Zusammenbruch, wenn ihr nicht staatliche Mittel zur Verfügung gestellt würden. Die Beamtenschaft befindet sich in der bittersten Notlage. Die Berliner Zentralstelle habe auf Verhandlungen mit den Ministerien verzichtet. Bezeichnend ist der Satz: „Die Beamtenschaft im Ruhrgebiet ist infolge der Befehung an und für sich demokratisiert.“ Die Notlage trage zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes nicht bei.

Ist diese Arbeiterzentrale überfällig geworden, dann muß sie abgebaut werden. Ist sie aber unentbehrlich, dann müssen natürlich auch ihre Beamten auskömmlich besoldet werden.

In den Landesstellen hält man übrigens eine gründliche Revision in der Berliner Zentrale, SW. 11, Hofenplatz 4, für notwendig, um die wirklichen Ursachen der Not der hundertenden Beamten festzustellen und zu klären und den in der Zentrale herrschenden Direktor Baron von dem Busche-Kessel samt dem Aufsichtsrat und Vorstand sowie den in demselben reaktionären Fahrwasser schwimmenden Abteilungsleiter zu befeigen und sie durch republikanisch gesinnte und denkende Personen zu ersetzen.

Im Steinbrud-, Lithographischen und Photokunstdruckgewerbe wurden von den beiderseitigen Organisationen folgende Löhne festgesetzt: Vom 8. bis 14. September im ersten Gehilfenjahre 77 Millionen, bis 21. Jahre 88 Millionen, von 21 bis 24 Jahren 99 Millionen und über 24 Jahren 110 Millionen; vom 15. bis 21. September im ersten Gehilfenjahre 210 Millionen, bis 21. Jahre 240 Millionen, vom 21. bis 24. Jahre 270 Millionen und über 24 Jahre 300 Millionen. Weibliche in der Photokunstdruckindustrie erhalten von diesen Löhnen 80 Proz., Lehrlinge erhalten im ersten Jahre 9, im zweiten Lehrjahre 10, im dritten Lehrjahre 11 und im vierten Jahre 12 Proz. der Gehilfenlöhne. Der Ortsvorstand.

Angestellte der Gesundheitsindustrie. Mit dem Arbeitgeberverband ist vereinbart worden, daß noch im Laufe dieser Woche, spätestens am Sonnabend eine weitere Monatszahlung für September in Höhe von 100 Netto-Juligehältern zur Auszahlung gelangt.

Wahlung, Kammacher! Die neuen Lohnsätze vom 14. bis 20. September errechnen sich wie folgt: Auf die bis zum 18. September bestandenen Lohnsätze erfolgt ein Zuschlag von 100 Proz.; das ergibt einen Spitzenlohn von 4.072.000 M. Der Akkordprozentlag beträgt 17.851.998 Proz.

Die großen Morgenblätter in New York sind gestern früh nicht erschienen, da die Drucker plötzlich infolge von Lohnstreiks in den Aufstand getreten sind.

Wirtschaft

Die Goldanleihe, mit der vor ihrer Einführung an der Börse bereits wieder Spekulationen betrieben worden sind, welche auf den Kurs drückten, wurde an der gestrigen Berliner Börse zum ersten Male amtlich notiert. Der Kurs stellte sich auf 170 Mark 1111 Punkten Mark, blieb also nur noch wenig unter dem amtlichen Dollarkurs zurück, der 182 Millionen Mark betrug. Es hat danach den Anschein, daß sich diese Anleihe wirklich als die wertvollste Anleihe bewähren wird, als die sie gedacht war.

Eine Bank für den Einzelhandel. Die einzelnen Gewerbegruppen leben sich infolge der Erschwerung der Kapitalbeschaffung immer mehr genötigt, sich eigene Finanzinstitute zu schaffen. So sind Getreidebanken, Wälbanten und ähnliche Unternehmungen entstanden. Jetzt ist unter Führung der Arbeitsgemeinschaft des bayerischen Einzelhandels, die 12 Fachverbände umfaßt, wie die „Tegern-Boche“ errichtet, gemeinsam mit 5 weiteren bayerischen Landes-, Fach- und Einkaufsverbänden ein neues Sanftunternehmen unter dem Namen **Verbandbank A.-G.** in München gegründet worden, das den Zweck hat, die im Einzelhandel angelegten und zirkulierenden Gelder zu sammeln und auf dem Boden des engsten sachlichen Zusammenschlusses die produktive wirtschaftliche Arbeit unter besonderer Wahrung der Interessen des organisierten Einzelhandels zu fördern und damit die wirtschaftliche Macht des Einzelhandels zu stärken.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Artur Golemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Stelner; Feuilleton: Dr. John Schittmann, Gering; Politik u. Sozialwesen: Felix Rothardt; Anzeigen: Th. Meyer; Anstalt in Berlin: Verlag: Formaria-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaria-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Willst du preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Rosen-Anders
laufen.
A. Anders,
Beusselstr. 25
Bettwäsche
Wäschestoffe
Handtücher, Hemden,
Damen, Linen,
Züchen, Inletta,
Bettdecken usw.
zu konkurrenzlos
billigsten Preisen
Wäschefabr. S. Einhorn
Königsplatz, Berlin SW. 11
(an d. Hermannstr.)

Kleingärtner
Siedler u. Pächter
erhalten in allen vor-
kommenden Rechts-
fragen zuverlässige
Auskunft durch den
Kommentar von
DR. ED. DAVID
Die Siedlungs-
gesetzgebung
einschließlich Heim-
stättengesetz, Klein-
gärtner- und Pächter-
schutzordnung
Preis-Grundzahl
geb. . . M. 1.-
broch. . . M. 0,60
Buchhandl. Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstr. 2
Sternzwirne • Nähgarne • Twist
Solentträger, Baumwollband, Rämme, Senle,
große Quant., weit unter Tagespreisen, bietet
Häusler, Bouchstr. 18, Zentrum 1202.

Schmücke dein Heim — Gib wenig aus,
Dann bleibt Zufriedenheit im Haus.
Trotz ungeheuerlicher Markentwertung
kaufen Sie:
Billige Teppiche
Billige Tisch- und Divandecken
Billige Gardinen
Steppdecken aller Preislagen
und Bettvorleger
in denkbar größter Auswahl, sparsamer Ausmusterung und für Sie günstigsten Preisstellungen!
Besichtigung zwanglos, da zuvorkommende Bedienung.
Bei Kauf volle Fahrtvergütung für Groß-Berlin!
Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus
I. Geschäft: **Neukölln**
Hermannstraße 32
Linien: P, 21, 28, 29, 46, 55, 58.
II. Geschäft: **Treptow**
Ecke Klinger- u. Leibstraße
Linie 16.

36 Gartenstr. 86
Zahngebisse
Gold-, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich

+ Geschlechtskrankhe +
Behandlung von Syphilis, Hautaus-
schlägen, Wunden, Hämorrhoiden,
Häute Ausschläge, auch wo alles ver-
sagt, wurden
Phorosan
Zusätze durch
das neue deutsche Reichs-Patent,
hochwirksam gegen alle Krankheiten
und Ausschläge
Gewissenhafte ärztl. Leitung.
Phorosan • Heilanstalt,
Koblenzer Str. 109, nahe Stralauer Str.
Brennerei 191, nahe Heimlicher Str.
Getränk für Herren und Damen.
Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Arbeitsnachweisgesetz
mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER
Oberregierungsrat
im Reichsarbeitsministerium
und
W. DONAU
Regierungsrat im Reichsamt
für Arbeitvermittlung
Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur
praktischen Einführung u. Anwendung des seit 1. Okt. d. J. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3,25
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2